

BASis Info 9/2011

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagabgeordneten Bärbel Bas

SPD

07.11.2011



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

„Opposition ist Mist“ hat Münte weit vor der Eurokrise mal gesagt und den Nagel auf den Kopf getroffen: In den vergangenen Wochen mussten wir sehen, wie die Bundesregierung weiter durch die Krise stolpert, sogar kurzfristig Regierungserklärungen absagt und um eigene Mehrheiten bangen muss. Europa darf nicht an dieser Regierung scheitern.

Am 26. Oktober der nächste Akt des Dramas: die Abstimmung über eine „Hebelung“ des Rettungsschirms. Wie die SPD-Fraktion bin auch ich bei meiner Zustimmung geblieben - aus Verantwortung für Europa, obwohl die Bundesregierung immer noch keine Regulierung der Finanzmärkte und keine Finanztransaktionssteuer angeschoben hat. Immerhin hat die SPD durchgesetzt, dass der Bundestag vor den Augen der Öffentlichkeit über den Rettungsschirm entscheiden muss. Auch wenn das mit Sondersitzungen der Fraktion am frühen Morgen verbunden ist. Wir prüfen alle weiteren Schritte genau.

Alle diese Manöver wären aber gar nicht nötig gewesen, wenn Frau Merkel schon vor anderthalb Jahren unsere sozialdemokratischen Vorschläge aufgegriffen hätte. Mit ihrer zögerlichen Haltung hat sie die Eurorettung ständig hinausgezögert und damit unendlich teuer gemacht. Natürlich habe ich nicht Frau Merkel zuliebe mit Ja gestimmt, sondern weil bei einem Scheitern des Euros Millionen Arbeitsplätze in Deutschland und auch in Duisburg auf dem Spiel stünden.

Wir Sozialdemokraten haben es geschafft, dass die Finanztransaktionssteuer bei der Union angekommen ist. So wie viele andere Themen in den vergangenen Jahren: Atomausstieg, Abschaffung der Wehrpflicht und jetzt sog. „Lohnuntergrenzen“. Im Kleingedruckten steht bei der CDU zwar, dass es sich nicht um einen echten Mindestlohn handelt und eine Höhe wird auch nicht genannt. Nur so viel: Die Lohnuntergrenze solle sich an den Mindestlöhnen für die Leiharbeit „orientieren“ - und die liegen unter 8 Euro. Merkels „Lohnuntergrenze“ hat also mit dem gewerkschaftlich ge-

forderten Mindestlohn wenig zu tun. Trotzdem gehen wir mit dieser Entwicklung konstruktiv um. Fest steht für die SPD: Jeder Mensch muss von seinem Einkommen leben können und darf später nicht in Altersarmut fallen.

Wir Sozialdemokraten haben aber noch in schlechter Erinnerung, gegen welche Widerständen der Union wir die Mindestlöhne in der großen Koalition durchgekämpft haben. Und Frau Merkels klare Absage an einen Mindestlohn ist auch nicht alt - wie man mit einem Klick hier sehen kann. Offenbar beginnt Merkel sich für den Wahlkampf warmzulaufen. Die Menschen haben aber gemerkt, dass auf sie – nicht nur beim Euro – kein Verlass ist. Egal welches Thema: Merkels nächste 180-Drehung kommt bestimmt, zumindest dreht sie sich in die richtige Richtung. Wer aber nicht nur die richtige Richtung, sondern auch die richtige Politik will, muss das Original wählen.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



STICHWORT: ÄRZTEVERSORGUNG

Mindestens 28 Milliarden Euro wird die Gesetzliche Krankenversicherung 2011 für Ärztehonorare ausgeben. Viel Geld, für eine wohnortnahe gute Versorgung. Verteilt wird das Geld durch die Kassenzusammenfassungen. Diesen gelingt es aber immer weniger, Ärzte zur Niederlassung auf dem Land oder in sozial schwachen Stadtvierteln zu bewegen. Etwa 800 Ärzte fehlen heute in unterversorgten Regionen. Gleichzeitig gibt es in überversorgten Gebieten 25.000 Ärzte zu viel. Wir haben keinen Ärztemangel, sondern ein Verteilungsproblem.

Wir brauchen vor allem neue Hausärzte, Allgemeinmediziner oder Internisten, die die steigende Zahl chronisch Erkrankter versorgen können. Ausgebildet werden aber immer mehr hoch spezialisierte Fachärzte (z.B. Humangenetiker, Laborärzte, u.a.). Wir bilden zu wenig Ärzte aus, die wir für die Versorgung brauchen. Immer weniger Medizinstudenten gehen nach dem Studium in die Versorgung. Die Ansprüche und Erwartungen an den Arztberuf haben sich gewandelt. Junge Ärzte scheuen das Risiko der freiberuflichen Niederlassung. Der 80-Wochenstunden Alleinverdiener lässt sich kaum mit gleichberechtigten Partnerschaften oder Kindererziehung vereinbaren.



Das Landärztegesetz: Ein völlig überladener „Omnibus“

Bild: wikimedia commons/Keith Kristoffer Bacongco

Teuer sind auch die Doppelstrukturen in der ambulanten und stationären Versorgung. Gründe für eine umfassende Reform der ärztlichen Versorgung gibt es mehr als genug. Angesichts der zu erwartenden Widerstände bedeutet dies, dicke Bretter zu bohren.

Die SPD-Fraktion hat ihre Vorschläge im Frühjahr präsentiert, die Sie mit einem Klick hier nachlesen können. Die Bundesregierung hat ein sog. „Landärztegesetz“ vorgelegt. Dieses enthält eine Mischung von halbherzigen Vorschlägen ohne Mut und Konsequenz. Und die Bundesregierung verspricht den Ärzten höhere Honorare - bezahlt werden sie aus den Mitteln, die eigentlich für den Sozialausgleich für die Kopfpauschale vorgesehen waren. Der fällt erst mal aus.

Als wäre das nicht alles schon genug, hat die Bundesregierung ihren Entwurf

zu einem gesetzgeberischen Omnibus gemacht. Das heißt, dass er noch mit anderen Themen beladen wird, die wenig oder gar nichts mit der ambulanten Versorgung zu tun haben. Bis heute wurden uns 140 Seiten Änderungsanträge vorgelegt. Zum Vergleich: Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung hat nur 110 Seiten.

Neu dabei sind jetzt ein misslungener Umbau der Selbstverwaltung, ein zweifelhafter Modellversuch in der Arzneimittelversorgung, eine Beschneidung des Erfolgsmodells der Medizinische Versorgungszentren (MVZ), ein neuer Sektor für die spezialfachärztliche Versorgung, die Änderung der Rechnungslegung von Krankenkassen, neue Vorgehensweisen bei Kassenschließungen und unzählige kleine Änderungen und Anpassungen.

Die Anhörung hat sechs Stunden gedauert. 110 Expertinnen und Experten waren geladen. Selten war die Kritik an dem Vorhaben der Bundesregierung so einhellig: Das Gesetz ist so schlecht, dass am Ende kein einziger zusätzlicher Arzt dort hin gehen wird, wo er gebraucht wird. Stattdessen werden viele neue und teure Hürden für eine effektive und wohnortnahe Versorgung aufgebaut. Ein weiteres verschenktes Gesetz.



Neues aus Duisburg



Runder Geburtstag: „50 Jahre SPD Ungelsheim-Mündelheim-Serm“ feierte der Ortsverein am 15. Oktober und führte in meiner Festrede durch die 50-jährige Erfolgsgeschichte im Süden.

„A Night with the Kings“ organisierten Marvin Krupp u.a. im Gabriel Haus und Marvin sorgte als Teddy King auch selbst für Spaß und gute Laune. Ich durfte das Benefiz-Konzert eröffnen und stand zum ersten Mal mit Elvis (der gleich 3 Mal dabei war) und Michael Jackson auf der Showbühne. Der Reinerlös des Konzerts ging an die Deutsche Knochenmarkspenderdatei.

Menschen mit Behinderung in den Bundestag einladen

Der Bundestag hatte eingeladen: Menschen mit Behinderung, die es ohnehin schwer haben in unserer noch viel zu wenig barriere-freien Welt. Was die Bundestagsverwaltung aber nicht geahnt hatte: Rund 100 Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer meldeten sich an, unter anderem zwei Teilnehmer aus meinem Wahlkreis.

Der Plenarsaal ist dieser Zahl aber scheinbar nicht gewachsen, alle wurden wieder ausgeladen. In einem Schreiben an Bundestagspräsidenten Norbert Lammert habe ich meinem Ärger darüber Luft gemacht und ihn ausdrücklich um eine schnellstmögliche Wiederholung gebeten. Meinen Brief finden Sie mit einem Klick hier im Internet.



Jugendbildungsreferent Eric Schley vom DGB aus Duisburg hospitierte vom 23.-28. Oktober als Gewerkschaftsjunior in meinem Berliner Büro.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++07.11.-11.11.: Sitzungswoche im Bundestag+++

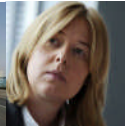
+++15.11.: Pressekonferenz zur Ankündigung des Benefits for Kids-Konzert am 3. Dezember+++

+++ 16.11.: HKM - Schwerbehinderten-Versammlung+++

+++18.11.: Vorlesetag in der Bezirksbibliothek Rheinhausen+++

+++21.11.-25.11. + 28.11.-02.12.: Sitzungswochen im Bundestag+++

+++Weitere Informationen unter www.baerbelbas.de+++



50 politisch-interessierte Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis besuchten mich vom 12.-15. Oktober in Berlin. Die Gruppe traf sich mit mir zum Gespräch im Reichstagsgebäude und besuchte beispielsweise das Bundeskanzleramt oder das Bundesministerium für Gesundheit.

Neues aus meinem Tagebuch

Am 17. Oktober war ich mit einigen SPD-Kolleginnen zu Besuch beim IQWiG in Köln und unser Referent Stefan Sauerland hat sich gut vorbereitet: „Liebe Frau Bas, ich möchte direkt zu Begin sagen, dass ich mit Adolf Sauerland weder verwandt noch verschwägert bin“. Hätte mich auch gewundert, Herr Sauerland machte einen sehr kompetenten Eindruck.

Lebenslanges Lernen habe ich mir früh auf die Fahnen geschrieben und 2012 geht die Reise weiter an die Führungsakademie der sozialen Demokratie. Die Jury der SPD-Parteischule hat mich für das 4. Fellowship-

Programm 2012/2013 ausgewählt. Ich darf mir also 8 Wochenenden mit Fortbildungen um die Ohren hauen, nur im 3. Quartal 2013 finden keine Veranstaltungen statt. Da hätte ich aber sowieso keine Zeit gehabt.

Heute Nachmittag um 17 Uhr ist meine erste Sitzung im erweiterten Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion. Wir sind 3 Neue in der Runde, bin schon sehr gespannt. Auf der Tagesordnung stehen beispielsweise die Themen Gleichstellung, Finanzmarktregulierung und Stagnation beim Bürokratieabbau. In der nächsten BASis Info werde ich berichten.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum
V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 75607
Fax: 030 / 227 76607
baerbel.bas@bundestag.de
www.baerbelbas.de